

Immer mehr Staaten
greifen die Presse-
und Meinungsfreiheit
im Internet an

Internet-Zensur auf dem Vormarsch

Holger Haibach/Stephan Zeidler

Weltweit ist in den letzten Jahren eine negative Tendenz im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit festzustellen. Während das Internet zunehmend an Bedeutung gewinnt, wächst auch in vielen Ländern der Wunsch der jeweiligen Regierung, bestimmte Web-Inhalte für die Nutzer unzugänglich zu machen. Insbesondere Menschenrechtsgruppen oder Journalisten nutzen das Internet für den schnellen Austausch von Informationen oder rufen über E-Mails zum Schutz bedrohter Menschenrechtsverteidiger oder inhaftierter oppositioneller Politiker auf. Allerdings sind auch diese Gruppen zunehmend von staatlicher Repression bedroht. Immer mehr Menschenrechtsorganisationen oder politische Gruppierungen werden durch staatliche Zensurmaßnahmen an der elektronischen Publikation ihrer Arbeit gehindert oder ihre Mitglieder inhaftiert und verurteilt. Betroffen sind davon vor allem Menschenrechtsgruppen wie etwa „amnesty international“ oder „Reporter ohne Grenzen“, die sich für Meinungs- und Pressefreiheit in den betreffenden Ländern einsetzen. Insbesondere Staaten, deren Regierungen auch sonst eine sehr restriktive Informations- und Pressepolitik betreiben, haben sich zuletzt als Zensoren des Internets unrühmlich hervorgetan. Vor allem Regierungen in kommunistischen oder islamisch geprägten Staaten reagieren auf wachsende Kritik an den herrschenden Zuständen in ihren Ländern mit Verfolgung der so genannten Cyberdissidenten, mit Verhaftungen oder Haftstrafen ohne

einen fairen Prozess. Auch in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion haben die dortigen Regime inzwischen mit drastischen Zensurmaßnahmen begonnen, um sich der politischen Opposition oder kritischer Journalisten zu entledigen. Allerdings geraten häufig nicht nur Dissidenten oder Menschenrechtsverteidiger ins Visier der Verfolgungsbehörden. Vielmehr ist inzwischen die Tendenz festzustellen, dass viele Regimes ihren Bürgern den Internet-Zugang gänzlich verwehren oder nur bestimmte, besonders überprüfte Gruppen zulassen. Hinzu kommen die Überwachung von Besuchern von Internet-Cafés sowie die Aufzeichnung der von den Nutzern besuchten Seiten, um Beweise für die Strafverfolgungsbehörden zu sammeln. Diese Regierungen zensieren oder sperren ganze Seiten des Internets mit der Behauptung, die Bevölkerung vor „ungesunden“ Informationen schützen zu wollen. In Wahrheit geht es vor allem darum, missliebige Inhalte kommentarlos zu sperren und das Recht auf freie Informationsbeschaffung zu beseitigen.

Gerade aber die Schnelligkeit der Informationsbeschaffung und die Offenheit des Netzes machen den Reiz für viele Nutzer aus. Das Internet gewinnt auch dadurch an Bedeutung, dass viele gesellschaftliche Gruppen Informationen über ihre Arbeit unmittelbar ins Web stellen und die User zur Diskussion und Mitarbeit an verschiedenen Projekten auffordern. Hinzu treten zunehmend auch Webforen oder Online-Tagebücher, so

genannte *Weblogs*, in denen die Teilnehmer ihre Meinung zu gesellschaftlichen oder politischen Fragestellungen äußern und sich damit auch inhaltlich positionieren können. Die Vielseitigkeit des Mediums Internet hat in den letzten Jahren zu seiner massiven Ausbreitung beigetragen. Nicht nur in Ländern der westlichen Staatengemeinschaft, sondern auch in weniger entwickelten Ländern hält das Internet inzwischen nahezu ungehindert Einzug und fordert somit auch die staatlichen Zensoren heraus. Allein in China werden inzwischen über achtzig Millionen Internet-Nutzer gezählt, mit stetig wachsender Zahl. Damit wächst auch das Potenzial von kritischen Lesern, die versuchen, sich Informationen über die menschenrechtliche Lage in ihren Heimatländern zu beschaffen. Um diese Informationen von den Bürgern fern zu halten, wurde in den letzten Jahren eine Reihe von technischen Mitteln entwickelt, die vor allem Internet-Seiten sperren sollen.

Zensur und Überwachung

Die technisch einfachste, aber auch am wenigsten effektive Methode ist, dass Regierungsstellen die Internet-Service-Provider (ISP) anweisen, bestimmte Internet-Adressen (*Domains*) zu filtern und sie auf andere, regierungskonforme Seiten umzuleiten. Allerdings lassen sich solche Manipulationen durch versierte Benutzer mit relativ wenig Aufwand umgehen, so dass sich die Seiten dann wieder darstellen lassen. Hinzu kommt, dass inzwischen eine Reihe von Anonymisierungsprogrammen zur Verfügung steht, die ein geübter User auf seinem Rechner installieren oder über ein anderes Rechenzentrum nutzen kann. Seine Spuren beim Besuch „verbotener Seiten“ werden dann verwischt.

Aufwändiger ist dagegen die Filterung einzelner Seiten beziehungsweise Seiteninhalte, die unerwünschte Texte

enthalten. So lassen sich manche Seiten verschiedener Anbieter etwa teilweise darstellen, solange sie nicht zensierte Begriffe wie „Menschenrechte“ oder „Meinungsfreiheit“ beinhalten. Moderne Content(Inhalt)-Filter-Software lässt solchen Websites keine Chance und blockiert sie sofort. Selbst per se „unpolitische“ Suchportale wie *Google* sind etwa für Internet-Nutzer in China nur dann erreichbar, wenn nicht entsprechende Begriffe gesucht werden. An den zentralen Übergabepunkten des chinesischen Internets setzen die Filter an, den gesamten Datenverkehr zu kontrollieren und insbesondere ausländische Seiten zu blockieren, sobald diese nicht genehmigte Inhalte anbieten. Allerdings hat sich dieses Kontrollbedürfnis der chinesischen Behörden bereits negativ ausgewirkt: Aufgrund der Vielzahl von Usern kommen die Server und Filter beim Datentransport kaum mehr hinterher, sodass das gesamte Netz in den Spitzenzeiten langsam wird, weil zu viele Daten kontrolliert und gefiltert werden müssen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Expansion ist dies ein Hemmschuh für die Nutzung des Internets in China.

Daneben erfolgt die Kontrolle vor allem über den eigentlichen Zugang zum Internet. So verpflichten viele Regierungen die ISP, genaue Aufzeichnungen über das Surfverhalten ihrer Kunden anzulegen, um entsprechende Beweise für den Besuch missliebiger Seiten zu erhalten. Ein Nutzer muss damit rechnen, dass er Besuch von Polizei und Justiz erhält, wenn er sich etwa die Seiten von Menschenrechtsorganisationen oder politischen Dissidenten ansieht. Aber nicht nur das Surfen im Web, sondern auch der persönliche E-Mail-Verkehr wird häufig überwacht, um gegen Oppositionelle oder Menschenrechtsverteidiger vorzugehen. Da die meisten E-Mail-User auf den Einsatz effektiver Verschlüsselungstechniken verzichten, ist es für die Sicher-

heitsbehörden einfach, den E-Mail-Verkehr „abzuhören“ und die Versender oder Empfänger ausfindig zu machen.

Weiter kontrollieren einige Regierungen die Besucher von Internet-Cafés. Da viele Menschen in weniger entwickelten Ländern nicht über die Mittel für eigene PCs verfügen, sind sie auf die Infrastruktur von Internet-Cafés angewiesen. So müssen sich die Besucher registrieren lassen, und die von ihnen besuchten Seiten werden aufgezeichnet, damit eine umfassende Kontrolle möglich ist. Länder wie Nord-Korea oder Kuba machen es ihren Einwohnern nahezu unmöglich, Computer zu erwerben oder einen Internet-Zugang zu erhalten, und regeln damit, wer überhaupt Online-Kontakte haben darf.

Neben der rein technischen Überwachung und Filterung von Internet-Seiten hat sich China auf weitere Methoden verlegt, um seine Internet-Nutzer zu überwachen. So besteht bereits 2002 eine Selbstverpflichtung verschiedener Web-Seiten-Anbieter, keine Inhalte oder Nachrichten zu verbreiten, die etwa gesetzeswidrig sind oder die nationale Sicherheit gefährden könnten. Weiterhin verpflichteten sich die Betreiber der Web-Seiten, die bei ihnen angebotenen Internet-Foren auch inhaltlich zu überwachen und unliebsame Äußerungen in den Foren oder *Weblogs* an die „Internet-Milizen“ zu melden. Seit Juni 2004 besteht in China zudem eine staatliche Stelle, bei der die Internet-Nutzer Web-Seiten melden sollen, die „einen illegalen oder ungesunden Inhalt“ bieten. Faktisch geht es dabei nicht allein um die Meldung zum Beispiel von pornografischen Web-Seiten, sondern vielmehr um die gezielte Denunziation von Personen und Inhalten oppositionellen Charakters. Allerdings waren die ersten Erfahrungen dieses Projektes nur teilweise erfolgreich, weil politische Denunziation aufgrund leidvoller Erfahrungen vieler Chinesen in der Zeit der

Kulturrevolution im Land sehr verschmährt ist.

Rigide Maßnahmen

In den vergangenen Jahren hat sich vor allem die Volksrepublik China zum „Vorreiter“ von Zensur und Überwachung entwickelt. In vielfältiger Form werden die User oder Anbieter von oppositionellen Websites überwacht, und bei Verstößen gegen die Zensurgesetze wird mit harter Hand vorgegangen. Der im Jahr 2004 von „Reporter ohne Grenzen“ vorgestellte Jahresbericht *Internet under Surveillance* nennt allein 63 Personen, die in China aufgrund von „Internet-Vergehen“ inhaftiert sind, weil sie „subversive Inhalte“ im Web verbreitet haben sollen. Ähnlich hart geht auch Nord-Korea gegen Oppositionelle vor, die das Internet als Plattform für ihre Ideen gebrauchen.

Aber auch die Länder der ehemaligen UdSSR schränken den Zugang zum Internet immer stärker ein oder bemühen sich um eine Zensur der Inhalte. Während Russland etwa nach den bereits bekannt gewordenen Einschränkungen für die Medien nun auch eine Kontrollstelle für das Internet einrichten will, ist zum Beispiel in Turkmenistan das private Surfen im Web grundsätzlich verboten und daher nur wenigen tausend Menschen dienstlich erlaubt. Einen anderen Weg geht die usbekische Regierung. Zwar ist hier der private Internet-Zugang möglich, jedoch werden die Besuche der Seiten von Oppositionellen im Web gezielt auf staatlich veränderte Kopien der eigentlichen Seiten umgelenkt, sodass der Eindruck entsteht, es werde nicht zensiert. Auch aus Belarus und der Ukraine wurden in den letzten Jahren wiederholt Verhaftungen aufgrund von Online-Publikationen gemeldet sowie kritische Web-Seiten durch staatliche Stellen blockiert. Insbesondere in Belarus ist eine Kontrolle einfach möglich, da hier nur ein Internet-Provider zur

Verfügung steht, der durch das Ministerium für Telekommunikation überwacht wird. Zur Störung der Arbeit einer Menschenrechtsorganisation schreckte man hier sogar nicht vor technischen Angriffen zurück, um den Server durch massenhafte Anfrage (so genannte *Denial-of-Service-Attacken*) lahm zu legen.

Als sehr kritisch muss auch die Situation in vielen islamisch geprägten Ländern eingeschätzt werden. Eine vom *Arabic Portal for Human Rights Information* veröffentlichte Studie über die Internet-Nutzung in arabischen Ländern kam zu dem Ergebnis, dass die langsame Ausbreitung des Internets nicht nur auf Armut und Analphabetismus zurückzuführen sei. Vielmehr seien vor allem die Überwachung und politische Repression verantwortlich für diese Entwicklung. Nach einer gewissen anfänglichen Offenheit seien viele Regierungen zur offenen Unterdrückung unerwünschter Meinungen übergegangen. Trotzdem breitet sich die Nutzung des Internets in den Ländern aus, die zumindest den Betrieb von Internet-Cafés erlauben wie etwa Ägypten oder Iran oder deren Hochschulen Internet-Zugänge anbieten.

Verbotene Angebote

Vor allem Saudi-Arabien, Tunesien und der Iran sperren mit ausgefeilten Filtersystemen den Zugriff auf ausländische Server, um die User vor „schädlichen Inhalten“ zu schützen. Gefiltert werden dabei insbesondere Angebote christlicher oder jüdischer Organisationen sowie unabhängiger Medien oder Menschenrechtsorganisationen. Hinzu kommen auch „linke“ politische Parteien oder islamistische Gruppen, deren Seiten blockiert oder verboten werden. Der Zensur-Welle islamischer Regierungen fallen auch solche Seiten zum Opfer, die etwa homosexuelle Themen behandeln oder für Frauenrechte eintreten. Gerade solche Themen, die gegen die strengen Sitten-

regeln verstoßen, sind zum Hauptziel der Zensoren geworden. Auch die im Iran bei jüngeren Usern sehr beliebten *Weblogs* als elektronische Form der Meinungsäußerung werden inzwischen gefiltert und gesperrt, um politisch oder religiös missliebige Äußerungen zu verhindern. In Tunesien wurden erst jüngst Internet-Nutzer zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und inhaftiert, weil sie verbotene Dateien und Webseiten heruntergeladen hatten. Vor diesem Hintergrund ist es problematisch, dass der für 2005 geplante Weltgipfel der Informationsgesellschaft (WSIS) in Tunis stattfinden soll. In einem Land, das eines der umfassendsten Zensursysteme in der Region unterhält, wird es nach Ansicht mancher Beobachter kaum möglich sein, kritische Themen wie Internet-Zensur und Pressefreiheit zu diskutieren.

Das Phänomen der Internet-Zensur ist auch zunehmend in der Türkei anzutreffen. Zwar gibt es hier bisher keine spezielle Gesetzgebung, die das Internet einschränkt, aber aufgrund der gültigen Mediengesetze müssen neue Websites durch staatliche Behörden zugelassen werden. Webmaster und Betreiber von Internet-Seiten, die sich kritisch über Staat und Armee äußern, müssen mit polizeilicher Verfolgung und Haftstrafen rechnen, wenn sie etwa über Menschenrechtsverletzungen berichten. Unter dem allgemeinen Vorwurf der Subversion lassen sich somit unerwünschte Seiten verbieten. Hinzu treten die üblichen Maßnahmen, Internet-Cafés zu überwachen oder ungeliebte in- und ausländische Websites zu blockieren. Vor allem pro-kurdische Seiten fallen dieser Zensur häufig zum Opfer. Dieser Zustand ist umso bedenklicher, als die Türkei sich um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bemüht.

Die Zukunft der Freiheit

Vor dem Hintergrund der wachsenden Zensur-Bemühungen vieler Regierungen

muss die Zukunft des Internets als freies Medium zunehmend kritisch gesehen werden. Eine Möglichkeit, Zensurmaßnahmen zu umgehen, besteht etwa darin, dass internationale Organisationen versuchen, ihre Angebote auf vielen Websites zu spiegeln, um eine größere Erreichbarkeit zu erzielen. Allerdings lassen sich durch die verschiedenen Filtertechniken immer mehr Seiten aufgrund ihres Inhaltes und bestimmter Schlagwörter blockieren. Auch der vom US-Repräsentantenhaus verabschiedete *Global Internet Freedom Act* sieht vor, zum Beispiel Websites von Menschenrechtsorganisationen in den USA zugänglich zu machen, die von anderen Ländern gesperrt wurden. Hinzu treten dabei noch umfangreichere Techniken, um die Sperrung des Internetzugangs durch spezielle Einrichtungen (so genannte *Firewalls*) und Filter zu umgehen.

Angeichts der Tatsache, dass die meiste Filtersoftware aus westlichen Staaten kommt, müssen sich diese Staaten fragen lassen, inwieweit sie einerseits in den politischen Dialogen Freiheit im Internet und Zensurverbot einfordern und andererseits Unternehmen an Filtersoftware gutes Geld verdienen. Besonders prekär wird es dann, wenn im Gegenzug Verschlüsselungssoftware, die die Versender von E-Mails vor ungewünschten Mitlesern schützen könnte, nicht exportiert werden darf, weil nationale Sicherheitsinteressen gefährdet sein könnten. Gerade solche Verschlüsselungssoftware könnte vor allem Menschenrechtsverteidigern und -organisationen einen sicheren Informationsaustausch ermöglichen, ohne die Absender oder Empfänger durch die Inhalte zu gefährden. Ebenso könnten westliche Staaten oder internationale Einrichtungen Anonymisierungsprogramme oder ähnliche zur Verfügung stellen, die eine Rückverfolgung auf den eigentlichen Nutzer unmöglich machen und damit Be-

troffene schützen könnten. Hier ist sicherlich ein Umdenken in den westlichen Ländern notwendig, um bessere Schutzmechanismen auch kostenfrei nutzbar zu machen.

Auch der Dialog der internationalen Staatengemeinschaft – sei es bi- oder multilateral – mit Regierungen, die das Internet massiv zensurieren oder gänzlich unerschreibbar machen (zum Beispiel China oder Kuba), muss mehr als bisher auf die Durchsetzung der Meinungs- und Pressefreiheit ausgedehnt werden. Es reicht eben gerade nicht aus, nur den Zeigefinger zu erheben, aber dann wieder zur Tagesordnung überzugehen und im Interesse guter Wirtschaftsbeziehungen über Unterdrückung und Zensur hinwegzusehen. Die Durchsetzung der Meinungsfreiheit im Internet muss aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Mediums Internet in Zukunft einen genauso hohen Stellenwert erhalten wie die Durchsetzung der Freiheit der traditionellen Medien Presse, Rundfunk und Fernsehen. Auch die Vereinten Nationen sind aufgerufen, das Internet noch mehr als bisher unter den Schutzbereich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Internationalen Paktes über politische und bürgerliche Rechte zu stellen, um die Bedeutung elektronischer Kommunikation für die Presse- und Meinungsfreiheit zu verdeutlichen. Erste Ansätze dazu bot die im Frühjahr 2004 bei der UN-Menschenrechtskommission verabschiedete Resolution zum Recht auf Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung, die eine Einhaltung des Paktes sowie freien Zugang zu allen Kommunikations- sowie Informationstechnologien einforderte. Hiermit wurden Weichenstellungen in die richtige Richtung unternommen, auch wenn man bisher nicht über Absichtserklärungen hinausgekommen ist. Es bleibt abzuwarten, ob diesen Ankündigungen auch konkrete Taten folgen werden.